

# Angriff auf die Menschenrechte

**Die deutsche Nachkriegsgesellschaft, die sich geschworen hatte, „den Anfängen zu wehren“, hat dem Ende der Demokratie wenig entgegenzusetzen — Exklusivabdruck aus „Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen“.**

von [Ulrike Guérot](#)

Foto: ASDF\_MEDIA/Shutterstock.com

Viele von uns hatten sich das anders vorgestellt. Angesichts der über Jahrzehnte in Deutschland gepflegten, manchmal fast aufdringlichen „Aufarbeitung“ der Nazi-Diktatur, der fortwährenden Mahnungen, dass dergleichen nie wieder passieren dürfe, hatten wir angenommen, eine mögliche neue Angriffswelle des Faschismus würde angesichts unseres geschulten Widerstandsgeists schon gleich zu Anfang brechen. Die Deutschen hätten ihre Lektion gelernt und würden niemals zulassen, dass auf staatliche Anordnung schon wieder eine Bevölkerungsgruppe diskriminiert und aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen wird. Heute wissen wir es alle besser. Man hat beispielsweise ungeimpfte Menschen mit der Begründung, sie seien selbst an ihrem Schicksal schuld, gnadenlos fallen lassen. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit — löchrig. Das Recht auf Freizügigkeit — Kappes. Die Menschenwürde — entsetzlich antastbar. Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot musste am eigenen Leib erfahren, was es bedeutet, sich gegen eine Meinungsphalanx um Markus Lanz und Marie-Agnes Strack-Zimmermann zu stellen. So erging es nicht wenigen Selberdenkern in den letzten Jahren. In ihrem Vorwort zu Marcus Klöckners und Jens Wernickes Bestseller macht Guérot klar: Ohne eine angemessene Aufarbeitung dieses Geschehens ist auch keine Umkehr möglich.

*„Der größte Lump im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant.“* — Hoffmann von Fallersleben

Ein Vorwort, gleichsam den Auftakt, die Ouvertüre für ein Buch zu schreiben ist immer eine besondere Herausforderung, in diesem Fall aber ganz besonders.

Denn zum einen bin ich mit dem einen Autor dieses Buches, Marcus Klöckner, befreundet; zum anderen werde auch ich in diesem Buch als Betroffene zitiert, ich bin also befangen. Und zum dritten gilt es, eine absolute Ausnahmesituation der deutschen Gesellschaft zu beleuchten, nämlich die Coronazeit und die unerträgliche gruppenspezifische Ausgrenzung, nämlich der Ungeimpften, die während ihr stattgefunden hat.

Corona war wohl für alle Menschen in vielerlei Hinsicht eine Zäsur, alle haben wahrscheinlich Einschränkungen, Schwierigkeiten oder auch Krisen und Leid in ihrem persönlichen Leben hinnehmen müssen. Aber wirklich und zum Teil existenziell betroffen waren diejenigen, die sich nicht impfen lassen wollten und die gegen die Maßnahmen demonstriert haben. Sie wurden, wie hier in diesem Buch detailliert beschrieben wird, ausgegrenzt, beschimpft, öffentlich stigmatisiert und denunziert in einem noch nie da gewesenen Umfang, sie waren struktureller Gewalt ausgesetzt, wie sie bis dato in diesem Ausmaß in der Bundesrepublik unbekannt war.

Sie haben zum Teil ihre Arbeit und mithin ihre Existenz verloren, mussten ihre Künstler-, Sänger- oder Pianistenkarriere beenden, wurden als Schauspieler von Bühnen und Sets ausgeschlossen oder ganz einfach herausgeschmissen, wenn sie eh zu den Unterprivilegierten gehörten, etwa die nicht geimpften Pflegekräfte, die, wie die Berliner Zeitung während dieses Zeitraums titelte, „wie Hunde vom Hof gejagt“ wurden (1).

Ich persönlich hätte mir nie vorstellen können, dass Derartiges in der Bundesrepublik Deutschland passieren kann, und das nur wenige Monate nachdem 2019 noch pompös 70 Jahre Grundgesetz gefeiert wurden.

Sind wir nicht das Land von „Wehret den Anfängen“? Haben wir nicht — wie kein anderes Land — eine gut finanzierte Bundeszentrale für politische Bildung? Wurde hierzulande nicht die politische Bildung hochgehalten wie kaum woanders? Man hätte also erwarten können, dass die Kenntnis des Grundgesetzes gleichsam allen deutschen Bürgern in Fleisch und Blut übergegangen ist, so wie Christen das Vaterunser.

Doch scheinbar nur als Lippenbekenntnis, denn als es ernst wurde, als es erstmalig galt, eine große gesellschaftliche Krise mit dem Grundgesetz zu meistern, ja, sich gerade in der Krisenzeit an Recht und Gesetz zu halten, wurden wir stattdessen regiert von „Not-kennt-kein-Gebot“, auf Zuruf des Robert Koch-Institut gewissermaßen. Das alles wurde dann auch noch vom obersten Verfassungsgericht sanktioniert, anstatt dass sich Karlsruhe vor seine gleichermaßen entmündigten und entrechteten Bürger gestellt hätte.

Der erste Artikel des Grundgesetzes lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Genau diese Menschenwürde aber wurde in der Coronakrise — und zwar auf staatliche Anordnung! — in unerträglicher Weise verletzt. Alte, die aus Einsamkeit in Krankenhäusern starben, Frauen, die in zu engen Wohnungen von ihren Männern verprügelt und vergewaltigt wurden, Schulkinder, die man in der Pause im Schachbrettmuster auf dem Schulhof im Freien mit Maske vor dem Mund bewegungslos stehen ließ. Es waren grausame Bilder, die man sehen konnte, wenn man achtsam war, während die mediale Berichterstattung sich buchstäblich in einen Impfrausch hineinbewegte.

Neben der Würde wurde vor allem Artikel 2 des Grundgesetzes (GG), nämlich das Recht auf körperliche Unversehrtheit, mit Füßen getreten, obgleich in der historischen Genese des Grundgesetzes gerade Artikel 2 wohl die unmittelbarste Lehre aus den menschenverachtenden medizinischen Versuchen der Nationalsozialisten gewesen ist.

Der eigene Körper ist die absolute Grenze von Würde und Persönlichkeit, niemand hat das Recht, auf den Körper anderer zuzugreifen, zu welchen Zwecken auch immer. Artikel 2 GG fängt auch nicht beim Impfen an. Als jemand, der hundertfach PCR-Tests über sich hat ergehen lassen müssen, kann ich nur sagen, dass auch schon das Bohren mit langen Stäbchen in der Nase, sodass einem fast das Hirn durchstoßen wurde, ein inakzeptabler Eingriff in die körperliche Unversehrtheit und dazu ein Verstoß gegen die Menschenwürde war, weil die Geste allein etwas kolossal Demütigendes hatte.

Dies alles geschah über lange Monate, geduldet, ja befeuert von großen Teilen der Öffentlichkeit, die über systematische Propaganda mit Blick auf das Virus und die Impfung in einen Panikmodus hineinversetzt worden war. Zum heutigen Zeitpunkt ist praktisch erwiesen, dass nichts von dem, was offiziell zu Corona erzählt wurde, evidenzbasiert war: Die Impfung hat keine „Herdenimmunität“ gesichert, weder vor schweren Verläufen noch vor dem Tod geschützt, sie war, wie heute immer mehr klar wird, bei Weitem nicht nebenwirkungsfrei. An den klinischen Studien,

die die Effizienz der Impfung beweisen sollten, wurde gefuscht, was das Zeug hält, wurden Complainceregeln durchbrochen und methodische Standards — zum Beispiel mit Blick auf die Größe der Probandengruppe — systematisch verletzt. Wer das moniert und kritisiert hat, wer Vernunft angemahnt und geradeaus gedacht hat, war auf einmal ein Querdenker.

Inzwischen hat der Evaluierungsbericht der Bundesregierung offengelegt, dass die Wirksamkeit der Coronamaßnahmen von Masken über Lockdown bis hin zur Impfung nicht belegt werden kann. Ein öffentlicher Aufschrei über diesen ungeheuerlichen Sachverhalt, für den die Politik geradestehen müsste, ja allein eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber sind bisher ausgeblieben. In großem Stil hat also eine panikgetriebene politische Mehrheit das Grundgesetz verformt und entkernt, und zwar ohne Grund und ohne Minderheitenschutz. Und kaum etwas passiert, kaum etwas wird diskutiert ...

Komplizierter wird das alles jetzt noch dadurch, dass viele, die der staatlichen Politik vertraut haben und sich haben impfen lassen, in noch nicht angemessen erfasster und zudem tabuierter Zahl an teilweise schweren Impffolgen leiden oder sogar gestorben sind. Mehr und mehr wird klar, dass die Impffolgen ebenso wie die gesundheitlichen Folgen der Coronamaßnahmen an sich (Suizid, Depression, Essstörungen und vieles andere mehr) kolossal unterschätzt wurden.

Auch hier erfahren die Betroffenen beziehungsweise ihre Angehörigen keine Solidarität von der Gesellschaft. Denn was nicht sein kann, das nicht sein darf. Noch hat die Politik sich zu keinem angemessenen Schuldeingeständnis durchringen können, noch bemühen sich staatliche Behörden mehr um Vertuschung als um Aufklärung der Impffolgen oder überhaupt um systematische Erfassung, noch ist kein staatlicher Fonds für Impfpfopfer eingerichtet.

Wie wir als Gesellschaft aus dieser kolossalen Tragödie, in der auf der einen wie auf der anderen Seite unbezifferter Schaden entstanden ist, friedlich und durch Aufarbeitung des vielfachen Leids herausfinden wollen, ist noch nicht ausgemacht. Es scheint noch nicht einmal ein von einer großen Mehrheit getragenes Bedürfnis, geschweige denn Bemühen zu geben, sich dieser Aufgabe stellen zu wollen.

Spricht man darüber im Bekanntenkreis, so sehen die meisten keine Notwendigkeit, ja, sie sehen nicht einmal das Problem, sie anerkennen weder die Langzeitschädigungen der Ausgegrenzten noch die der Impfpfopfer. Niemand will etwas davon hören. Eine große schweigende Mehrheit setzt derzeit auf Verdrängung. Verdrängung aber nistet sich in jedem Körper, auch in einer Gesellschaft, ein wie ein Krebsgeschwür. Es ist darum dringend nötig, die Geschehnisse der letzten drei Jahre aufzuarbeiten, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzurichten, die Verantwortlichen zu bestrafen, die Ausgegrenzten zu rehabilitieren und die Opfer zu entschädigen.

So wurde das bisher bei jedem großen Verbrechen gemacht, und die Coronapolitik war und ist ein großes Verbrechen an der Menschheit und an der Menschlichkeit. In einer Demokratie gehört das aufgeklärt, damit das gesellschaftliche Krebsgeschwür nicht dazu führt, dass die Gesellschaft und die Demokratie von innen zerfressen werden. Der Tumor des Corona-Unrechts, um im Bild zu bleiben, muss entfernt werden. Noch ist Zeit dazu, sich dieser Diskussion zu stellen. Dieses Buch ist ein Anfang dafür, denn es dokumentiert das Ausmaß der gesellschaftlichen und demokratischen Entgleisung.

Möge es nie wieder passieren!